völligen Scheitern. In diesen Kämpfen bluteten die Kanadier und Australier schwerer als in der Flandernoffensive und in der Offensive von Cambrai. Man vernimmt, daß zahlreiche belgische Hospitäler, die Nordamerika noch vor seinem Eintritt in den Krieg der Havreser Regierung „zum Geschenk" machte, zurzeit für die Kanadier bestimmt sind.

Großer Luftkampf über belgischem Gebiet.

„Hollands Nieuwe Byran" meldet aus Sluis: Am Montag morgen um 1/4 nach 12 Uhr wurde über belgischem Gebiet ein großer Luftkampf beobachtet. Es wurden 24 Flugzeuge gesehen. Ueber den Ausgang des Kampfes ist noch nichts bekannt.

Luftangriff auf Calais.

Feindliche Flugzeuge überflogen trotz Sperrfeuers nachts die Stadt Calais, warfen Bomben und schossen aus Maschinengewehren.

16000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. August. (Amtlich). Am Westausgang des Kanals wurden trotz regster feindlicher Gegenwirkung zumeist aus Geleitzügen mehrere Dampfer von 16000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Ferner wurden im Angriff auf zwei von mehreren Zerstörern begleitete kleine Kreuzer sowie an anderer Stelle auf eine U-Bootsfalle Torpedotreffer erzielt, deren endgültige Wirkung infolge lebhafter Gegenwirkung und unsichtiger Witterung nicht beobachtet werden konnte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Glänzende U-Boot-Erfolge.

Havas meldet amtlich: Der Postdampfer Djennah —Messarerises—Bicerta, nach Alexandria mit Passagieren und Militärpersonen unterwegs, wurde in der Nacht vom 14. zum 15. Juli durch ein Unterseeboot aus einem Geleitzug heraus torpediert und versenkt. 442 Personen werden vermißt. Am 14. Juli wurde gleichzeitig der Postdampfer Australien von derselben Gesellschaft von einem Torpedo getroffen, in Brand geschossen und versenkt. 17 Mann der Besatzung wurden getötet, 948 Fahrgäste wurden gerettet, 3 werden vermißt. Ein anderes Schiff, das torpediert wurde, konnte flott gehalten werden. Zahlreiche Bomben wurden auf das Unterseeboot im Augenblick des Untertauchens geworfen.

Die englische Admiralität berichtet, daß ein britischer Zerstörer, der vorher bei einem Zusammenstoß ernstlich beschädigt worden war, am 6. August im Mittelmeer torpediert und versenkt wurde. Zwei Offiziere und 5 Mann wurden bei dem Zusammenstoß getötet.

Die Wirkung des U-Boot-Krieges.

Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten ist im Finanzjahre, das mit dem 30. Juni 1918 abschloß, um 526 Millionen Dollar zurückgegangen. Der Export des vorvergangenen Jahres belief sich auf etwas über 3 Milliarden. Dies bedeutende Sinken der amerikanischen Ausfuhr trotz der wesentlich erhöhten Preise wird auf den Tonnagemangel zurückgeführt, der durch die Ansprüche des Truppentransports beträchtlich verschärft wird.

Vizeadmiral Behnke
Staatssekretär des Reichsmarineamtes.

Wie die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz" aus absolut zuverlässiger Quelle erfährt, ist der bisherige Geschwaderchef Vizeadmiral Behnke zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes ernannt worden und wird seine neue Stellung schon am 15. August antreten.

Dänisch-amerikanisches Handelsabkommen.

Einem amtlichen Telegramm der amerikanischen Presse von Mitte Juli ist zu entnehmen, daß die in Amerika weilende dänische Mission sich mit der amerikanischen Regierung über das zwischen beiden Ländern abzuschließende Handelsabkommen geeinigt haben. Unter den Bedingungen des Abkommens werden die Alliierten mehrere hunderttausend Tonnen dänischen Schiffsraum erhalten. Außerdem soll Dänemark versprochen haben, seine Ausfuhr nach den Mittelmächten scharf einzuschränken. Dänemark wird vor allen Dingen Stahl, Eisen, Kupferblei, Tabak und Kartoffeln erhalten. Viehfutter wird von den Vereinigten Staaten nicht geliefert, damit Dänemark nicht noch mehr Vieh nach Deutschland ausführt.

Freiherr von Hussarek über die politische Lage.

Die Ernährungsfrage.

Der Wiener Vertreter des „Prager Tageblattes" wurde vom Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn von Hussarek empfangen, der sich über die aktuellen Fragen der inneren Politik wie folgt äußerte: „Was die innerpolitischen Pläne der österreichischen Regierung betrifft, so ist sie fest entschlossen, das Parlament im Laufe des Monats September einzuberufen. Der Tag ist noch nicht festgesetzt. Als dringendste Aufgabe betrachtet es die Regierung, die Finanzlage zu regeln. Es wird dabei auf den bereits vorhandenen Entwurf weiter gebaut werden; das muß aber unter allen Umständen in kürzester Zeit schon wegen unserer Valuta geschehen. Die Erhöhung des Brotpreises, eine Maßnahme, über deren Tragweite sich die verantwortlichen Faktoren keinen Augenblick im unklaren waren, steht gleichfalls mit der vorzunehmenden Finanzregelung im Zusammenhang. Auf die immer härter werdende Lage des Mittelstandes wird dabei besondere Beachtung zu legen sein. Wir sind jedoch der Meinung, daß ein mit der Hebung der Valuta Hand in Hand gehender Abbau der Preise in erster Linie für die Angestellten zweckmäßiger und vorteilhafter ist, als die sogenannten Teuerungsaushilfen.

Unsere Ernährung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr ist nach den bisher vorliegenden Berichten gesichert, wenn auch äußerste Sparsamkeit geboten sein wird, da man natürlich mit größter Knappheit der Lebensmittel rechnen muß. Aus eigenem werden wir zwar unseren Bedarf nicht ganz zu decken vermögen, allein die mit Deutschland, Ungarn und anderen Staaten getroffenen Abmachungen stellen eine Ergänzung dazu dar. Die Regierung wird energisch dafür Sorge tragen, daß jeglicher Ausschreitung auf dem Gebiete des Ernährungswesens vorgebeugt werden wird."

Der geheime „Pakt" zwischen England und Frankreich.

Infolge der bemerkenswerten Entgleisung in Lloyd Georges Unterhausrede über die Kriegslage wurde die Aufmerksamkeit erneut auf den eklatantesten Fall vorkriegerischer Geheimdiplomatie gelenkt, nämlich das englisch-französische Geheimabkommen von 1912, das bekanntlich bis zum Kriegsausbruch nicht nur dem Parlamente, sondern selbst den meisten Mitgliedern des Kabinetts Asquith unbekannt war. Lloyd George sagte: „Wir hatten einen Pakt mit Frankreich des Inhalts, daß, wenn es mutwillig angegriffen würde, das vereinigte Königreich ihm zu Hilfe kommen würde."

Nachdem Lloyd George aber seine Rede beendet hatte, machte ihm Herbert Samuel, Mitglied des vormaligen Kabinetts Asquith, eindringliche Vorwürfe über seine unbedachten Aeußerungen. Samuel führte aus, wenn der Premierminister angebe, England habe bei Kriegsausbruch ein Abkommen mit Frankreich betreffs eventueller Kriegshilfe gehabt, so habe ihn sein Gedächtnis getäuscht. Wie Grey damals klargestellt habe, seien Englands Hände vollständig freigewesen. Dieser Punkt sei von großer Bedeutung, erstens der historischen Genauigkeit wegen, zweitens zur Vermeidung von Mißverständnissen nicht nur hinsichtlich der englisch-französischen, sondern auch hinsichtlich der englisch-belgischen Beziehungen. Die Bemerkung des Premierministers könnte Anlaß zu einem falschen Eindruck geben. Es sei sehr wichtig, daß das Land nicht etwa dächte, daß irgend etwas in der Natur des Geheimvertrages oder irgendein Privatpakt England Anfang August 1914 zum Kriegseintritt verpflichtet habe. Englands Pflichtgefühl und die Verpflichtungen, die ihm aus dem die Unabhängigkeit Belgiens garantierenden Verträge erwachsen, sowie seine Verpflichtung, die Herrschaft des öffentlichen Rechts und die Freiheit Europas gegen die willkürliche Aggression des Augenblicks zu schützen, das allein und kein spezifischer Kontrakt mit der französischen Regierung habe England damals gezwungen, in den Krieg einzutreten. Daraufhin ergriff Lloyd George späterhin nochmals das Wort zu einer Berichtigung, wobei er sich aber noch tiefer verrannte, indem er von „Erwartungen, die wir je erregt hatten", sprach, dann aber für notwendig hielt, den ganzen bekannten Brief Greys an Cambon vom 22. November 1912 vorzulesen. Darauf fuhr er fort: „Ich denke, das Wort „Pakt" war zu stark in diesem Zusammenhange. Meinem Urteil nach war es eine Ehrenverpflichtung, war es ein Gebot, daß, wenn ein unprovozierter Angriff stattfände, wir dann bereit wären, mit Frankreich die Art und Weise, wie wir ihm zu Hilfe kommen würden, zu besprechen. Ich denke, der Ausdruck Ehrenverpflichtung ist die korrektere Bezeichnung dessen, was sich tatsächlich zutrug, und es war sicherlich kein Vertrag. Ich dachte an nichts anderes als an jenen Brief, als ich sprach, und ich meine, daß die Sache sofort richtig gestellt werden sollte." Samuel aber war auch damit nicht zufrieden, sondern stellte im Gegensatz zu Lloyd George fest, daß nach Greys Auffassung keine Ehrenverpflichtung vorgelegen habe.

Die Presse übergeht den interessanten Zwischenfall mit diskretem Stillschweigen.

Neutrale Absagen an Lloyd George.

Das führende Amsterdamer christlich-historische Blatt „Neederlander" schreibt unterm 5. d. M. unter der Ueberschrift „Offene Karten" zu Lloyd Georges Rede: Lloyd George glaubt wohl an den Völkerbund, ist aber eher mit dem genauen Gegenteil zufrieden. Nicht allein den Mittelmächten sollen Schwierigkeiten gemacht werden, sondern ebenso den Neutralen, die es wagten, keinen Anteil zu nehmen an der Brüderschaft der kriegführenden Verbandsstaaten. Zwar leiden die Neutralen jetzt schon schwer, auch versorgen sie nach Kräften die Opfer des Krieges, doch hätten sie, um der Gunst Englands, der Vereinigten Staaten und Japans teilhaftig zu werden, ihr Land der Vernichtung preisgeben müssen, wie Serbien, Montenegro und Griechenland. Wir freuen uns, daß Lloyd George offenherzig gesprochen hat. Man will von seiten des Verbandes keinen Völkerbund, keine Gleichheit der großen und kleinen Völker, kein Recht. Denn das Recht unterscheidet nicht zwischen groß und klein. England jubelt der Rede zu. Für uns ist wenig Grund für Beifall. Jetzt ist die Frage, ob der verbündete Präsident Wilson sich ebenso offenherzig ausläßt.

In einer Polemik gegen ententefreundliche norwegische Blätter, die Deutschland politische Reife absprechen und Deutschlands Niederlage wünschen, schreibt „Aftonbladet" in Stockholm, Deutschland sei vor dem Kriege mehr als jedes andere Land eine Heimstätte des Sozialismus und der sozialen Gesetzgebung gewesen. England habe zwar eine lange politische Entwicklung hinter sich, doch könne niemand das Vorhandensein einer starken imperialistischen Strömung leugnen. Die deutschen Mehrheitssozialisten seien den schwedischen Sozialdemokraten ein Dorn im Auge, doch habe England schon vor dem Kriege eine nationale und chauvinistische Arbeiterpartei gehabt, die weit stärker war als die internationale Arbeiterpartei. Von Amerika wolle wohl niemand behaupten, daß es politisch reif sei, oder es in bezug auf politische Kultur Deutschland gleichstellen. England und Amerika seien feste Stützen des Kapitalismus und typische Ausbeuterstaaten, in denen die Sozialdemokratie ohne Einfluß seien. Ihr Sieg über Deutschland würde eine goldene Zeit für Trusts, Monopole, Zollkrieg und Annoncen-Humbug und die Vernichtung des tüchtigsten Volkes der Erde bedeuten. Ein solcher Sieg würde allen Völkern teuer zu stehen kommen.

Eine englische Stimme gegen die amerikanischen Kriegshetzer.

Im „Aftonbladet" gibt Waldemar Langlet Aeußerungen der englischen Zeitung „Nation" gegen die kriegshetzerischen Erklärungen des amerikanischen Professors Davis wieder. „Nation" sagt: Wenn genannter Professor die Volksabstimmung in Amerika vertrete, so müsse man wirklich an der Zukunft der Zivilisation verzweifeln. Das Blatt berichtet dann über die Art, wie in den Vereinigten Staaten die Friedensfreunde verfolgt werden. Hierzu bemerkt Langlet: Wenn das wahr ist, dann ist Amerika das Hindernis für den Frieden. Warum sollen nun andere Völker fortfahren, zu bluten und ihre physische, wirtschaftliche und intellektuelle Existenz auf Geschlechter hinaus lähmen? Nach der Antwort unseres englischen Kollegen geschieht dies zu dem Zwecke, damit Amerikas Millionenheere in ein paar Jahren Deutschlands Verteidigungslinie durchbrechen und allen Völkern einen amerikanischen Frieden aufzwingen könnten. Danach soll dann wohl die Weltherrschaft mit Japan geteilt werden als mit dem einzigen Mitgliede des Verbandes, dessen Hilfsmittel durch den Krieg nicht verringert, sondern vergrößert worden sind. So sind die Aussichten für die Zukunft ja noch viel schlimmer. Der Sprache fehlen fast die Worte, um die Schändlichkeit derjenigen zu bezeichnen, die die Sorge für den kommenden Frieden heucheln, in Wirklichkeit aber einzig und allein das große Friedenshindernis ausmachen. Die noch neutralen Mächte der Welt sollten sich, wenn sie die Macht und den Mut hätten, die Wahrheit zu sehen, zuzugeben und zu verfechten, zu dem einstimmigen Rufe vereinigen: Ecrasez l'infame! (Nieder mit dem Verrückten, nämlich Amerika.) In den gleichen Ruf sollten auch die in Europa noch kämpfenden Nationen einstimmen, wenn sie nicht die Binde der Kriegspsychose vor Augen hätten.

Rußlands Protest gegen die Entente.

Tschitscherins Note an Amerika.

Tschitscherins Note an den amerikanischen Generalkonsul Poole vom 5. August 1918 lautet im wesentlichen: Ungeachtet des bestehenden Friedenszustandes drangen englisch-französische Streitkräfte in unseren Grenzbereich, nahmen unsere Dörfer und Städte mit bewaffneter Macht ein, erschossen die treuen, verantwortlichen Sowjetmitglieder, lösten die Arbeiterorganisationen auf, warfen ihre Mitglieder ins Gefängnis und verjagten sie aus ihren Wohnstätten, ohne daß irgendetwas diese räuberischen Taten rechtfertigen könnte. Ohne Kriegserklärung, ohne das Bestehen eines Kriegszustandes werden Feindseligkeiten gegen uns eröffnet und unser Volkseigentum geraubt. Uns gegenüber wird kein Recht anerkannt; kein Gesetz wird von denen, die diese Invasionstruppen gegen uns ausgesandt haben, beachtet, denn wir sind die ersten in der Welt, die eine Regierung der Ausgebeuteten und der Armen errichtet haben. Uns gegenüber wird ungeschminktes Banditentum für erlaubt gehalten, und Leute, die uns keinen Krieg erklärt haben, handeln wie Barbaren an uns. Wenn wir die gegen uns gerichteten Kriegsmaßnahmen mit Vorsichtsmaßregeln etwa der Art beantworten, daß wir Staatsangehörige der Invasionsmächte in Konzentrationslagern unterbrachten, so betrachten wir diese Staatsangehörigen als Zivilgefangene und wenden diese Vorsichtsmaßregel nur gegen Mitglieder der besitzenden Klassen an, die unsere Gegner sind. Keine solche Maßnahme wird gegen unsere natürlichen Verbündeten, die sich jetzt hier aufhaltenden Arbeiter eben dieser Länder, zur Ausführung gebracht. Da Sie erklärt haben, daß Ihr Volk nicht die Sowjets stürzen will, fragen wir Sie, ob Sie nicht klar sagen können, was Großbritannien in Wahrheit von uns will. Ist sein Ziel, die volkstümlichste Regierung zu stürzen, welche die Welt je gesehen hat, die Räte der Armen und der Bauern? Ist sein Ziel die Gegenrevolution? Angesichts seiner Handlungen müssen wir denken, daß es so ist. Wir müssen denken, daß es beabsichtigt, die schlimmste Tyrannei der Welt wiederherzustellen, den verhaßten Zarismus. Oder beabsichtigt es die Eroberung einer bestimmten Stadt oder eines Landstrichs, den es uns namhaft machen kann? Eingedenk Ihrer Freundlichkeit, hoffe ich, daß Sie uns helfen werden.

Erfolgreicher Vormarsch der Sowjettruppen.

Die von den Sowjets auf der Wolga gebildete Kriegsflotte säuberte die Wolga von den durch die Tschecho-Slowaken in Beschlag genommenen Schiffen und unterbrach die Verbindung der im Osten der Wolga stehenden tschecho-slowakischen Truppen mit den tschecho-slowakischen Streitkräften in Simbirsk und Sysran. Astrachan, Zarizyn, und Saratow sind nach wie vor in den Händen der Sowjettruppen. Die Kräfte der Weißen Gardisten, Tschecho-Slowaken und Kosaken auf der Mittelwolgafront beziffern sich auf 80 000 Mann. Die Zusammenziehung der Sowjetarmeen ist beendet und erreicht die Zahl von 150000 Mann. Der begonnene Angriff entwickelt sich erfolgreich. Die Sowjettruppen zogen bereits unter Kämpfen in die Vorstadt von Simbirsk ein.

Englische Zivilbehörden im Murmangebiet.

„Times" melden aus Archangel: Die Alliierten haben die Einsetzung von Zivilbehörden der Entente in den besetzten Gebieten Rußlands angeordnet. „Daily Mail" schreibt, der Vormarsch von Archangel habe am Sonnabend begonnen.